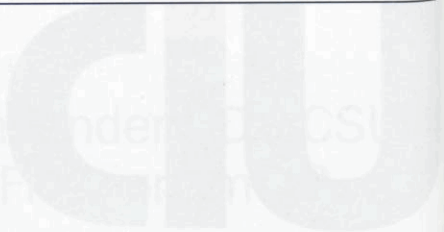


Angela Merkel: „**Besser** für die Menschen. CDU“

Bericht der
Vorsitzenden der CDU
Deutschlands und der
Vorsitzenden der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

16. Bundesparteitag
in Hannover
am 11. November
2002



*Deutschland braucht Ideen, Willen,
Gestaltungsanspruch, Dauerhaftigkeit,
Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit
und deshalb werden wir gebraucht,
meine lieben Freunde.*

ANGELA MERKEL:

„Wächter in der Opposition und Anwalt der Menschen“

Niemand wird bestreiten, dass dieser Parteitag in Hannover zu einem ganz besonderen Zeitpunkt stattfindet. Er findet nur sieben Wochen nach dem Ende eines der außergewöhnlichsten Wahlkämpfe in der Geschichte von CDU und CSU statt.

In noch nie gekannter Geschlossenheit, ja, ich sage, in noch nie erlebter Freundschaft und Zusammengehörigkeit haben CDU und CSU diesen Wahlkampf des Jahres 2002 geführt. Wir haben ihn gemeinsam und gemeinschaftlich gestaltet, und dass dies gelungen ist, liebe Freunde, ist nicht zuletzt einem Mann zu verdanken, der wie kein Zweiter an die Grenzen seiner Kräfte gegangen ist, der für unsere Union und unser Land alles gegeben hat, der Tag für Tag im Einsatz war, der auf Dutzenden und Aberdutzenden von Kundgebungen, Betriebsbesichtigungen und Festen für unser Politikangebot geworben hat. Ich meine Edmund Stoiber. Niemand anderem gebührt der erste Dank dieses Parteitages der CDU Deutschlands.

Kraft der Mitte

So viel Union wie heute war noch nie. Mein Wort vom Frankfurter Parteitag im Juni ist keine leere Floskel geblieben. Es ist wahr geworden. Das ist für mich der größte Schatz der letzten Monate, und das ist ein Schatz, den wir hüten und pflegen müssen.

So viel Union wie heute war noch nie, und Edmund Stoiber und ich sind fest entschlossen, unsere gemeinsame Arbeit auch jetzt, nach der Entscheidung des 22. September, in

den nächsten Wochen genau in diesem Geiste fortzusetzen. Das ist der Geist der Union!

Das ist der Geist der Union – und ich meine „Union“ im eigentlichen Sinne des Wortes –, der uns in diesen Wahlkampf getragen hat, und das ist der Geist, der uns nach Jahren mancher Höhen, aber eben auch mancher Tiefen wieder stark gemacht hat.

Ich füge hinzu: Nur in diesem Geiste werden wir im 21. Jahrhundert als große bürgerliche Kraft der Mitte wieder mehrheitsfähig werden. Deshalb muss es so bleiben: So viel Union wie heute war noch nie. Das muss unser Motto für die nächsten Jahre sein.

Aber, liebe Freunde, ein Wahlkampf kann ganz unmöglich vom Kanzlerkandidaten und den Parteivorsitzenden allein geführt werden. Sie alleine sind nichts, sie werden getragen von einer Gemeinschaft, von der ganzen Partei, vom Präsidium, vom Bundesvorstand, von den Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbänden, den Vorsitzenden und den Geschäftsführern, den Vereinigungen und vor allen Dingen unseren 600.000 Mitgliedern. Sie alle zusammen bilden das, was wir das Herz, den Verstand und die Seele dieser großartigen Christlich Demokratischen Union nennen. Auch diesen Schatz müssen wir in den nächsten Jahren hüten und pflegen.

Oft kommt die selten sichtbare, aber doch so unverzichtbare Arbeit hinter den Kulissen zu kurz. Manchmal wird sie ganz vergessen. Deshalb möchte ich diesmal gleich zu Beginn des Parteitages und nicht erst am Ende, wenn wir fast schon wieder abgereist sind, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des

Konrad-Adenauer-Hauses für ihre Arbeit im Wahlkampf danken.

Ich glaube, wir sind uns einig: An ihnen liegt es bestimmt nicht, dass uns zum Schluss knapp 6000 Stimmen gefehlt haben, um stärkste Partei in diesem Lande zu werden. Stellen Sie sich das noch einmal vor: Mit weniger als der Hälfte des Personals der SPD, mit einem Bruchteil – das haben wir ja immer wieder gesehen, wenn wir uns die Plakate und die Anzeigen angeguckt haben – der materiellen Mittel der Sozialdemokraten haben sie zusammen mit der CSU-Landesleitung, mit dem Stoiber-Team Tag und Nacht geschuftet, oft bis an die Grenze der körperlichen Kräfte. Herzlichen Dank! Stellvertretend nenne ich Laurenz Meyer, Willi Hausmann und all die, die mitgeholfen haben. Es war eine tolle, spannende, arbeitsreiche Zeit. Wir haben gekämpft, es hat sich gelohnt.

Liebe Freunde, mit diesem Bericht gebe ich auch den Bericht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ab. Es sind erst wenige Wochen, die ich das Amt der Vorsitzenden der Fraktion innehaben darf. Deshalb möchte ich heute ganz besonders Friedrich Merz danken.

Finanzpolitische Tradition

Er hat dieses Amt vor zweieinhalb Jahren wie ich seinerzeit das der Parteivorsitzenden in denkbar schwieriger und stürmischer Zeit übernommen. Er hat die Bundestagsfraktion mit Hingabe und unermüdlichem Einsatz geführt. Ich weiß, über uns wird unendlich viel geschrieben und verbreitet. Manches ist wahr, manches ist blanker Unsinn. Aber eines ist gewiss richtig: Diese Union braucht Friedrich Merz.

Lieber Friedrich Merz, es ist gut, dass du dem vermeintlichen Superminister aus dem

vermeintlichen Superland Nordrhein-Westfalen – damit sage ich nichts gegen das Land, nur etwas gegen seinen Zustand – endlich in bester wirtschafts- und finanzpolitischer Tradition Ludwig Erhards Paroli bieten wirst. Ich freue mich auf das neue Kapitel der Zusammenarbeit, auch durch deine Kandidatur im Präsidium der CDU Deutschlands.

Liebe Freunde, es ist wahr, es gibt nichts drum herum zu reden: Wir haben unser Wahlziel nicht erreicht. Wir haben den Regierungswechsel nicht herbeiführen können. Doch bevor manche glauben, uns einreden zu müssen, wir sollten jetzt in Sack und Asche gehen, sage ich ganz deutlich: Mit Edmund Stoiber ist es uns gelungen, die Union nach der historischen Zäsur von 1998 wieder auf Augenhöhe mit der SPD zu bringen. Das war alles andere als selbstverständlich. Das ist ein riesiger Erfolg, und es ist ein Erfolg nicht nur für uns, sondern auch für die Menschen in diesem Lande, die die CDU dringend brauchen.

Natürlich müssen wir das Wahlergebnis in seinen guten wie in seinen schlechten Seiten analysieren. Natürlich müssen wir die richtigen Konsequenzen ziehen. Jeder weiß, dass ich die Letzte bin, die dies nicht tun will und tun wird. Aber ich sage auch: Zunächst einmal erwarte ich, dass wir die Millionen von Wählerinnen und Wählern, die uns am 22. September ihr Vertrauen geschenkt haben, nicht enttäuschen. Ich erwarte, dass wir ihre Entscheidung ernst nehmen, dass wir das angehen, was ihnen wichtig ist und was ihre Wahlentscheidung bestimmt hat. Davon müssen wir uns leiten lassen und entsprechend müssen wir unsere Arbeit gestalten.

Ich bin der festen Überzeugung: Dem Vertrauen dieser Wählerinnen und Wähler werden wir dann gerecht, wenn wir in den nächsten Monaten unter Beweis stellen, dass wir gestärkt aus der Entscheidung vom 22. Sep-

tember hervorgegangen sind. Wir werden ihrem Vertrauen gerecht, wenn wir Rot-Grün vor uns hertreiben. Das aber, liebe Freunde, alleine reicht ja noch nicht. Es würde ja schon Spaß machen, Rot-Grün vor uns herzutreiben. Aber ich glaube, wir haben dazu einen Auftrag, weil dieses Land eine starke Opposition braucht, eine Opposition als Wächter der Regierung und vor allen Dingen eine Opposition als Anwalt der Menschen dieses Landes.

Wir, die Union von CDU und CSU im Bundestag und im Bundesrat, in den Ländern und in den Kommunen, sind der Anwalt der Menschen. Das ist unser Selbstverständnis und das muss auch das Signal dieses Parteitages sein. In diesem Sinne gehen wir an die Arbeit.

Vor sieben Wochen hat Deutschland gewählt. Eine Woche lang hofften die Menschen, es könnte sich vielleicht etwas ändern, vielleicht zum Guten. Aber ich sage ganz klar: Seit sechs Wochen bereut Deutschland die Entscheidung.

Die Menschen wurden getäuscht wie nie und die Menschen sind enttäuscht wie nie. Deutschland ist im Herbst des Jahres 2002 an einem weiteren Tiefpunkt in der Nachkriegsgeschichte angekommen – wirtschaftlich, sozial und moralisch.

Ich glaube, ich übertreibe nicht, wenn ich sage: Ich habe selten ein solches Gefühl gehabt. Ich habe den Eindruck, dass unsere Zukunft, die Zukunft dieses wunderschönen Landes im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Spiel steht – auf dem Spiel steht, was die Chancen von jungen Menschen anbelangt, auf dem Spiel steht, was Traditionen anbelangt, auf dem Spiel steht, was die Zukunft unseres Mittelstandes anbelangt, auf dem Spiel steht, was die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit anbelangt. Und für all dies ist verantwortlich eine einzige Person und die hat den Namen Gerhard

Schröder, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Ich sage das so hart und so klar, weil gerade viele Wählerinnen und Wähler wegen seiner Person vielleicht in letzter Minute noch überlegt haben, die Sozialdemokraten zu wählen, und weil es deshalb so unerträglich ist, dass gerade er die Hoffnungen der Menschen in diesem Lande einfach mit Füßen tritt. Denn ihn interessiert nichts davon, was er gestern gesagt hat und was er morgen tun wird, meine Damen und Herren.

Rot-grüne Wahllüge

Ich habe es vor der Bundestagswahl angedeutet, und ich sage es heute wieder mit großem Ernst: Noch nie ist der Unterschied zwischen Gesagtem und Gewusstem, zwischen Ankündigen und Taten einer Bundesregierung vor einer Wahl und nach einer Wahl so groß gewesen und noch nie hat sich eine Bundesregierung vor der Wahl so berechnend und so bewusst verhalten. Ich habe nach einem Wort gesucht, das dieses Vorgehen auch nur annähernd richtig beschreibt. Wir sollten alle aufpassen, keinen Overkill an Worten zu produzieren. Aber wenn Worte noch Sinn haben sollen, so gibt es nur ein einziges Wort, das dieses Verhalten trifft: Das ist das Wort der Lüge vor der Wahl und vor den Menschen dieses Landes, meine Damen und Herren,

Diese Bundesregierung hat den Menschen geradewegs und ohne mit der Wimper zu zucken ins Gesicht gelogen. In einem Aufsatz in der „FAZ“ ist geschrieben worden – ich zitiere -:

„Wenn Wahlbetrug eine Straftat wäre, müsste die Berliner Staatsanwaltschaft gegen die Bundesregierung von Amts wegen ermitteln.“

Das ist die Wahrheit in Deutschland, niedergeschrieben in einer der seriösesten Zeitungen dieses Landes. Spätestens bei der Abgabe seiner Regierungserklärung konnte man dann auch sehen, wie ratlos, matt und schlapp Schröder aufgetreten ist – alles keine Adjektive von mir, alles Adjektive aus der deutschen Presselandschaft. Herr Schröder spürt eben, dass sich etwas verändert hat, vor allen Dingen gegenüber 1998. Er kann nicht mehr, wie es Herr Eichel heute noch notorisch versucht und wie es andere versuchen, ewig und immer von einer imaginären Kohl'schen Erblast sprechen. Nein, heute ist es die rot-grüne Erblast, mit der sich Schröder herumzuplagen hat. Aus dieser Verantwortung werden wir Schröder und seine Bundesregierung nicht entlassen. Sie haben vier Jahre regiert, das hat Deutschland verändert, meine Damen und Herren.

„Wir wissen: Ökonomische Leistungsfähigkeit ist der Anfang von allem“ – ein Satz wie aus dem Lehrbuch der Sozialen Marktwirtschaft. Gesagt hat ihn Gerhard Schröder, und zwar in seiner ersten Regierungserklärung am 10. November 1998, fast auf den Tag genau heute vor vier Jahren. Hört man diesen Satz, hören insbesondere die 4 Millionen Arbeitslosen, ihre Familien, ihre Kinder und Verwandten heute diesen Satz, so kann sie heute eigentlich nur noch die nackte Wut packen. Denn fest steht: Auf keinem Feld haben Schröder und seine Bundesregierung so dramatisch versagt wie auf dem Feld der Wirtschaft, der Arbeit und der Beschäftigung. Alles versprochen und nichts gehalten – auf dem Rücken der Menschen in diesem Lande, meine Damen und Herren.

Inzwischen – das ist die nackte Wahrheit – befinden wir uns mit den Oktoberzahlen des Jahres 2002 hinter den Beschäftigtenzahlen des Jahres 1998. Das ist die Quittung

für nichts weiter als für vier verlorene Jahre für Deutschland – für junge Menschen in Deutschland, für ältere Menschen, für Menschen, die Arbeit gesucht haben, für Frauen, die wieder in den Beruf einsteigen wollen, für junge Menschen, die in das Arbeitsleben eintreten wollen.

Schauen Sie sich doch einmal die Arbeitslosenstatistik an! Sie wäre noch viel schlimmer, wenn man heute nicht in breitem Maße schon die über 55-Jährigen in den Ruhestand schicken würde, und zwar mit allen Tricks und Täuschungen, die möglich sind. Die Jugendarbeitslosigkeit ist um 50 Prozent gestiegen. Die Kurzarbeit hat gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent zugenommen. Die Wahrheit ist viel bitterer als das, was sich in den Zahlen widerspiegelt. Vier verlorene Jahre für Deutschland und keine Hoffnung auf Besserung!

Was macht diese Regierung in einer solchen Situation? Sie kommt mit Hartz. Meine Damen und Herren, der Harz ist nicht weit von Hannover. Alles fängt mit H an und ist eine schöne Fiktion.

Tricks und Täuschung

Was hat Rot-Grün herausgefunden? Die Arbeitskosten sind zu hoch. Wunderbar! Herr Clement versucht wenigstens im hausnahen Bereich die Lohnnebenkosten herunter zu subventionieren. Das kann man ja vielleicht tun. Im gleichen Augenblick erhöht man aber die Renten- und Krankenkassenbeiträge, treibt die Kosten in die Höhe und belastet damit die Bundesanstalt für Arbeit. Anschließend muss man den Finanzminister bitten, Ökosteuer, Umsatzsteuer und sonstige Steuern weiter zu erhöhen. Auf diese Weise rammt man sich immer weiter hinein in die falsche Spirale von Niedergang

und dem Gegenteil von Wachstum und Beschäftigung in diesem Lande.

Liebe Freunde, die eigenen Leute, sofern sie nicht in unmittelbarer Umgebung des Kanzleramtes sitzen, können es ja selbst nicht mehr ertragen. Der Chef der Bundesanstalt für Arbeit sagt dazu, jede andere Lösung wäre immer noch besser als die Strafsteuer gegen Arbeit. So bezeichnet er die Erhöhung der Lohnnebenkosten, weil er weiß, was das wirtschaftlich bedeutet.

Rot-Grün hat herausgefunden, dass man das tatsächliche Rentenalter dem rechtlichen Rentenalter annähern sollte – so der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vor wenigen Tagen. Was aber macht Herr Clement im Zusammenhang mit dem Hartz-Modell? Er versucht sich an einem Modul, wie es so schön heißt, mit einem Bridge-System, was nichts weiter bedeutet, als dass auf ganz perfide Art und Weise ältere Menschen in den Vorruhestand geschickt werden sollen und damit dann eben nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Wir werden bei solchen Täuschungstricks nicht mitmachen, denn das alles dient nur einem: die Arbeitsmarktzahlen zu frisieren. Wir brauchen aber keine frisiereten Arbeitsmarktzahlen, sondern neue Arbeitsplätze in Deutschland, damit Wachstum und Beschäftigung entstehen.

Man hat herausgefunden, dass es zu viel Bürokratie gibt. Das ist eine der allerneuesten Erkenntnisse in Deutschland. Ich kann nur sagen: Schaffen Sie doch drei der schlimmsten Gesetze ab, Herr Schröder: das 630-DM-Gesetz, das Gesetz über die Ökosteuer und das Gesetz über die Scheinselbstständigkeit. Weg damit! In dieser Woche können Sie das mit uns im Deutschen Bundestag beschließen. Wir sind dabei. Dann hat Deutschland weniger Bürokratie. Das ist die Wahrheit über Deutschland.

Was macht man aber stattdessen? Es ist schon immer üblich gewesen, dass man während der Kündigungsfrist auch einmal zu einem Vorstellungsgespräch gehen darf. Jetzt wird das gesetzlich geregelt. Sind sie ein Jahr im Betrieb, bekommen sie zwei Tage frei. Sind sie zwei Jahre im Betrieb, bekommen sie vier Tage frei. Sind sie noch länger im Betrieb, bekommen sie zehn Tage frei. Wissen sie, wozu das führen wird? Man wird gegeneinander Prozesse führen: Der Betriebsrat wird dem Arbeitnehmer helfen. Der Unternehmer wird sich einen Rechtsanwalt nehmen und prüfen lassen, ob der Pförtner des Betriebes morgens schon zum Vorstellungsgespräch gehen darf, wenn eigentlich die Fabrikhalle aufgeschlossen werden muss. – Das wird die Wahrheit über rot-grünen Bürokratieabbau sein: Monstren von Bürokratie, unfähig, den Menschen irgendetwas zuzutrauen. Es war in Deutschland schon immer möglich, zu Vorstellungsgesprächen zu gehen. Es war nie notwendig, hierfür Regelungen zu treffen. Trauen Sie den Menschen in diesem Lande doch einmal etwas zu und regeln Sie nicht alles mit Papierkram, Herr Schröder! Dann würde es Deutschland besser gehen.

Genau das ist es auch, was uns an den Hartz-Vorschlägen – selbst wenn es hier und dort einmal eine richtige Facette gibt – stört: Sie atmen den Geist des Staatsinterventionismus. Sie glauben nicht an die Menschen, sondern nur an die Kraft staatlicher Regulierungen. Meine Damen und Herren, den Marsch in die staatliche Arbeitsmarktbeurteilung über Personal-Service-Agenturen machen wir nicht mit.

Wir wollen, dass in diesem Land Luft zum Atmen entsteht, dass Freiräume entstehen, dass Menschen wieder Chancen haben. Deshalb wehren wir uns gegen jede Form von Staatsinterventionismus. Das wirft

Deutschland zurück. Deshalb: Ohne uns, meine Damen und Herren!

Ein Blick auf die Verdi-Homepage von einem Betriebsrat der Bundesanstalt für Arbeit zeigt, wie die Menschen in diesem Lande denken. Er schreibt: „Wir haben Gerster bekommen, die Hartz-Kommission und letzte Woche hatten wir eine Bombendrohung. Ich will jetzt nicht bewerten, was am schlimmsten ist.“ So viel zum Reformgeist von Rot-Grün, meine Damen und Herren.

Eichels Finanzdesaster

Clement sagt, das Hartz-Konzept beinhalte die größte Reform des Arbeitsmarktes in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wir erinnern uns alle an die stattliche rot-grüne Ahnenreihe. Beim Steuerkonzept von Eichel war von der größten Steuerreform aller Zeiten die Rede. Wissen Sie, wozu sie führen wird? Wir werden es diese Woche bei der Vorlage der Steuer-schätzung erleben. Sie wird zu dem größten Finanzdesaster aller Zeiten führen. Das wird das Ergebnis dieser größten Steuerreform aller Zeiten sein.

Bei der Riester-Rente wurde von der Jahrhundertreform gesprochen. Schade, dass er sie nicht am 31. Dezember des Jahres 1999 abgeschlossen hat. Dann hätte sie bloß eine Haltbarkeitsdauer von einem Tag haben müssen und wäre die Reform des 20. Jahrhunderts gewesen. Diese Reform hat nicht einmal ein Jahr gehalten. Heute sind die Rentenbeiträge schon wieder höher. Diese Reform war der größte Flop in der Rentengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das ist die Wahrheit über diese Riester-Reform.

Es stellt sich nun die Frage nach dem Sinn und danach, wozu es den Sozialdemokra-

ten eigentlich geht. Man glaubt ja immer, sie seien von etwas gelehrt. Schröder spricht von der Balance. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich deshalb noch eine Facette aus der Unzahl von Ankündigungen herausgreifen. Man will das Sterbegeld halbieren. Ich glaube wirklich nicht, dass dies sozial ist. Ich muss Ihnen aber eines sagen: Es ist besonders absurd, wenn die neue Fraktionsvorsitzende der Grünen dazu erklärt, man könne das Sterbegeld ja ganz streichen, weil – ich zitiere jetzt – „der Versicherte ja ohnehin nichts mehr davon hat.“

Meine Damen und Herren, Zynismus ist noch gar nichts gegen diese Betrachtungsweise vom menschlichem Leid und menschlicher Ohnmacht. Wer so argumentiert, hat es nicht verdient, über andere Menschen zu sprechen, weil er sich nicht in das Leid von Menschen in diesem Land einfühlen kann.

In der SPD-Fraktion sagt man zu dem jetzigen Zustand: Nun geht es wieder los wie 1998. – Nein, meine Damen und Herren, es geht nicht los wie 1998, weil dieses Land nichts mehr zuzusetzen hat. Es hat vier Jahre Rot-Grün hinter sich, und für dieses Land steht die Zukunft auf dem Spiel. Deshalb ist es ja so, dass die Menschen wissen, was der 1. Januar des nächsten Jahres für sie bedeuten wird. Der 1. Januar des Jahres 2003 wird für die Menschen ein Tag des Abkassierens werden: Höhere Rentenbeiträge, höhere Beitragsbemessungsgrenzen, Erhöhung der Körperschaftsteuer, keine Entlastung durch eine nächste Stufe der Steuerreform, usw.

Christian Wulff hat es eben gesagt: Man kann das alles fast gar nicht erfassen. Im so genannten Steuervergünstigungsabbaugesetz – Sie müssen sich diese Wortschöpfung einmal auf der Zunge zergehen lassen – werden den Menschen 48 neue Steuererhöhungen präsentiert. Für uns muss klar sein: Der Ministerpräsident dieses Landes, Gabriel,

der sich an die Spitze derjenigen gesetzt hat, die gegen die Abbrüche bei der Eigenheimzulage sind, darf keine Chance bekommen, Verschlechterungen zum Schluss noch als Sieg zu feiern. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Anwälte der Menschen in unserem Lande sind: die Anwälte derjenigen, die Eigentum bilden wollen, die Häuser bauen wollen, die Kinder erziehen wollen, die Familien gründen wollen. Das ist unser Kredo und darin werden wir uns von niemandem übertreffen lassen.

Quittung für Rot-Grün

Für mich das Allerschlimmste in dieser gesamten Vorgehensweise ist: Es handelt sich nicht um zufällige Streichlisten irgendeines nicht mehr ganz aktuellen Staatssekretärs, sondern das Chaos hat Methode. Es geht darum, durch die Maßnahmen, die in diesen Wochen ergriffen werden, Institutionen wie die Familie, wie das Ehrenamt zu schwächen. Es geht darum, die Bildung von Eigentum zu schwächen, obwohl wir dies für die Zukunft brauchen. Es geht darum, Menschen zu bestrafen, die leistungsbereit sind und Überstunden machen. Es geht darum, denjenigen, die etwas vererben wollen, die generationenübergreifend denken, vor das Schienbein zu treten. Es geht darum, diejenigen, die mit Altersvorsorge für eigene Risiken eintreten, immer weiter zu behindern. Das ist ein Vorgehen, das wir nicht unterstützen können: weil wir auf die Zukunft setzen, weil wir an die Menschen glauben und weil wir wollen, dass die Menschen in der Politik Verlässlichkeit finden.

Aber eines ist sicher: Rot-Grün wird die Quittung bekommen, und zwar schon sehr bald. Lieber Christian Wulff, lieber Roland Koch, die Bürgerinnen und Bürger in Nie-

dersachsen und Hessen haben den anderen Deutschen eines voraus: Sie haben die Chance, sehr bald zu handeln. Sie können am 2. Februar mit ihrer Stimme deutlich machen: Danke, Kanzler, jetzt reicht es. Das machen wir nicht mit. Wir wollen eine Veränderung der Politik in diesem Lande. – Deshalb muss Roland Koch Ministerpräsident des erfolgreichen Landes Hessen bleiben und deshalb muss Christian Wulff Ministerpräsident von Niedersachsen werden.

Opposition als Wächter und Anwalt

Ich füge aber hinzu: Die Sozialdemokraten werden nichts unversucht lassen. Diese Bundesregierung wird wieder versuchen, die Wahlkämpfe in Hessen und Niedersachsen nach dem gleichen Muster ablaufen zu lassen. Wenn man schon in der Sache selbst nichts zu bieten hat, dann kann man wenigstens – Roland Koch wird sich erinnern – alte Plakate auspacken. „Kein Blut für Öl“ hieß es 1991 in Hessen. Doch ich sage Ihnen: Das wird nicht funktionieren. Denn Geschichte wiederholt sich nicht – und wenn, dann nur als Farce. Aber vielleicht ist „Farce“ gar keine so falsche Beschreibung der Lage.

Noch treffender habe ich es vor einigen Tagen in einem Magazin gelesen:

„Satire darf alles. Politik nicht. Es sei denn, sie will genauso enden: als Lachnummer.“

Das ist die Gefahr von rot-grüner Politik, meine Damen und Herren.

Wir als Opposition nehmen unseren Auftrag als Wächter und Anwalt wahr. Die Millionen von Wählerinnen und Wählern erwarten das. Sie erwarten von uns eine klare Auseinandersetzung mit den zentralen Themen unseres Landes. Aber sie erwarten natürlich nicht nur eine Auseinanderset-

zung, sondern hören auch den Chor der Leute, die von uns – beinahe schon wie ein Ritual – eine Alternative zur Politik der Bundesregierung einfordern. So hat der Bundesaußenminister vor 14 Tagen im Bundestag – statt zu sagen, was er, was Rot-Grün tun möchte – nahezu seine gesamte Redezeit auf die Frage verwandt, was die Alternative ist.

Ich zitiere:

„Die Bundesregierung versucht, dieser Auseinandersetzung auszuweichen. Ihr fortdauernder Ruf nach der Alternative der Opposition ist nichts anderes als das Eingeständnis ihrer eigenen Ratlosigkeit.“

Diesen Satz, den ich in den Archiven gefunden habe, hat – obwohl scheinbar sehr aktuell – Helmut Kohl vor 25 Jahren auf dem Düsseldorfer Parteitag im Jahre 1977, nach der Bundestagswahl 1976, gesagt. Den Ruf nach der Alternative gibt es also beinahe so lange, wie es in diesem Lande Opposition gibt.

Damit kein Missverständnis aufkommt sage ich: Wenn uns unsere Wähler, unsere Anhänger nach unserer Alternative fragen, dann nehmen wir das ernst. Wenn dieser Ruf aber von Schröder oder Fischer kommt, dann sollten wir ihn als das nehmen, was er ist: nackte Rhetorik von Leuten, die selber nicht mehr wissen, wie sie vor und zurück kommen. Das ist die Wahrheit.

Ich sage es noch einmal mit den Worten von Helmut Kohl. 1977 hat er dazu gesagt:

„Die Regierung braucht mehr und mehr die Opposition als Rettungsring und als Ersatzmotor. Sie suggeriert der Öffentlichkeit, sie selber habe eine Antwort. In Wirklichkeit entlässt sie sich dauernd selbst aus der Beweislast für ihre eigene Position.“

Dieser Satz war 1977 offensichtlich richtig und er passt prima in das Jahr 2002. Auf

diese Finte, meine Damen und Herren, werden wir nicht hereinfallen: Wir sind nicht der Ersatzmotor einer lahrenden rot-grünen Bundesregierung. Das ist nicht unsere Aufgabe als Opposition.

Gleichzeitig, liebe Freunde, wären wir nicht wir selbst, wenn wir uns nicht fragen würden: Könnten wir es denn wirklich besser? Würden wir es uns tatsächlich zutrauen, trotz aller Finanzzwänge, trotz der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung – das ist ja nicht zu leugnen; wir ignorieren ja die Globalisierung nicht – mehr Bewegung auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu schaffen? Würden wir es uns zutrauen, mehr Wachstum in diesem Land hinzubekommen? Ich habe darüber nachgedacht und sage ganz ernsthaft: Ja. Ich weiß, wir würden in diesen Tagen nicht lächelnd durchs Land laufen. Ich habe sogar eine ungefähre Vorstellung von den Diskussionen, die wir in den eigenen Reihen hätten, zwischen den verschiedenen Flügeln unserer Partei, zwischen denjenigen, die etwas mehr vorpreschen, und denen, die etwas weniger vorpreschen. Das alles ist keine Frage.

Mehrheit im Bundesrat

Aber ich sage Ihnen – überprüfen Sie es für sich selber -: Wir würden es schaffen, weil wir mit unseren Vorschlägen, mit unserem Regierungsprogramm die richtige Richtung eingeschlagen haben. Umfassende Befreiung des Arbeitsmarktes, Deregulierung der Zeitarbeit, Teilzeit, Befristung von Arbeitsverträgen, Optionsmodell beim Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer, betriebliche Bündnisse für Arbeit – eine sehr komplizierte, aber wichtige und richtige Sache -, Einführung eines wirklich umfassenden Niedriglohnssektors, Lohnabstandsge-

bot durch Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, verbindliche Eingliederungsprämien, Beweislastumkehr – all das sind Schritte in die richtige Richtung, die in diesen Tagen in Deutschland ein positives psychologisches Signal auslösen könnten. Die Leute dürfen nicht länger überlegen, wie sie dieses Land möglichst schnell verlassen, sondern müssen sagen: Jawohl, dieser Regierung gebe ich eine Chance.

Liebe Freunde! Gucken Sie doch in die Länder, in denen wir regieren! Dort erleben Sie doch tagtäglich, dass man auch gut regieren kann. Das Problem vieler Kommunen, das Problem vieler Landesregierungen in den von uns geführten Ländern ist doch nicht, dass sie keine Ideen haben, sondern das Problem ist, dass man sie nicht machen lässt. Roland Koch kämpft jetzt schon monatelang darum, dass er sein OFFENSIV-Gesetz endlich in Hessen anwenden kann, damit mehr Menschen in Arbeit kommen. Man lässt ihn nicht. Wir werden es wieder versuchen und haben jetzt Gott sei Dank die Mehrheit im Bundesrat. Immer und immer wieder werden wir sagen: Man kann in Deutschland auch gut regieren. Wo wir regieren, versuchen wir es mit aller Kraft und lassen uns nicht entmutigen.

„Besser für die Menschen. CDU“

Genau aus diesem Grund haben wir uns zu unserem Motto entschlossen: „Besser für die Menschen“. Wir lassen uns in unserem Programm davon leiten: Was ist besser für die Menschen? Wir haben dabei eine Überzeugung: Wir sind besser, weil wir an die gerechte Kraft des Wettbewerbs glauben. „Besser für die Menschen“, weil wir auf die kleine Einheit setzen und nicht immer die Zentrale fördern. „Besser für die Men-

schen“, weil wir richtige Anreize schaffen, weil wir glauben, dass sich Menschen entsprechend den Anreizen auch verhalten. Wir belohnen Leistung. Leistung muss sich lohnen. „Besser für die Menschen“, weil wir eben dafür Sorge tragen, dass der, der arbeitet, immer mehr hat als der, der nicht arbeitet. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Deshalb glauben wir, dass wir die besseren Konzepte haben.

Dahinter steht eines – das ist etwas sehr Grundsätzliches -: Wir wissen, dass Politik mehr ist als das Verwalten des Augenblicks. Das ist unser Politikverständnis. Unser Grundgesetz stattet das Amt des Bundeskanzlers nicht von ungefähr mit einer Richtlinienkompetenz aus. Richtung, Linie, Kompetenz, das sind die drei Schlüsselbegriffe. Das Handeln des amtierenden Bundeskanzlers wirkt aber immer so, als wolle er gerade mal durch den nächsten Tag kommen. Da ist keine Richtung, da ist keine Linie und ziemlich wenig Kompetenz.

Da ist eben immer nur Verwaltung des Augenblicks. Die Folge ist – das ist etwas sehr Dramatisches -: Politik wird ihrer Seele beraubt. Alles ist möglich. Nichts ist unmöglich. Heute so, morgen so. Die Folgen sind fatal – für die Menschen und für das Land.

Man muss auch einmal die beiden Regierungserklärungen des Jahres 2002 und des Jahres 1998 nebeneinander legen. Schröder sagte 1998:

„Wir stehen nicht für eine rechte oder linke Wirtschaftspolitik, sondern für eine moderne Politik der sozialen Marktwirtschaft.“

Derselbe Mann sagt vier Jahre später – nicht in der Regierungserklärung, sondern auf dem Parteitag der Sozialdemokraten – im Stile besten alten Klassenkampfes:

„Allen, die jetzt ihre Kettenhunde loslassen, um alles kaputtzureden, sage ich: Wir werden uns nicht beirren lassen.“

Dann schließt er die „Helfershelfer in den Verbänden“ gleich mit ein. Was ist das für eine Diktion von einem Mann, der drei Wochen vorher noch auf den Deichen herumgerannt ist und die Menschen zu ehrenamtlichem Engagement zwingen wollte?

Meine Damen und Herren, so kann man mit den Menschen in diesem Land nicht umgehen. „Kettenhunde“, „Helfershelfer“ – tiefste kommunistische Sprache. Das hat nichts mit Sozialdemokratie zu tun.

Aber wer so spricht, entlarvt sich im Grunde selbst. „Wer keine Ideen hat, braucht Feinde“, das sind nicht meine Worte, sondern das hat wieder ein Redakteur im „Stern“ geschrieben. Ich kann es aber nicht besser sagen: Wer keine Ideen hat, braucht Feinde. – Das ist die Wahrheit von Schröder.

Der Bundeskanzler merkt auch schon gar nicht mehr, wie er sich selbst verstrickt. Gestern waren es noch die Helfershelfer und die Kettenhunde. Am letzten Freitag im Bundesrat, als er dort auftrat, um staatsmännisch zu den Kollegen Ministerpräsidenten zu sprechen, sagte er mit großem Pathos: „Erst das Land, dann die Partei.“ – Übersetzt wiederum in eine Variante Schröder'scher Sprache hieß das im Oktober noch: „Dieses Land ist ein für alle Mal kein CDU-Staat mehr.“ – Tja, meine Damen und Herren, was meint dieser Mann eigentlich? Dieses Land war nie ein CDU-Staat. Wir werden aber auch dafür Sorge tragen, dass dieses Land nie ein SPD-Staat wird, so wie es Schröder gern hätte.

Ich stelle nicht in Abrede, dass Politik auch kurzfristiges Ereignismanagement braucht. Aber Politik braucht insgesamt mehr. Sie muss gestalten wollen. In unserer Welt, in einer Welt des 21. Jahrhunderts, in der wir von der Globalisierung sprechen, ist es umso wichtiger, dass Politik im Namen der Menschen etwas verändern will. Wenn die Menschen den Eindruck haben, sie stün-

den jeder weltweiten Entwicklung wehrlos gegenüber, niemand könne etwas aufhalten, dann werden die Menschen an der Politik verzagen. Deshalb brauchen wir als politische Kraft eine Vorstellung von dem, was sein soll, und wir brauchen eine Begründung für das, was wir tun.

Rückkehr des Politischen

Versetzen wir uns einmal ins Jahr 2020! Wie wird dann über unsere Zeit geurteilt werden? Was werden die Menschen sagen? Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ich weiß nicht, wie es ausgeht. Wir haben aber, glaube ich, die Zeit, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Das bedeutet für mich – das muss unser Credo sein -: Deutschland braucht den Abschied von der Politik des Augenblicks. Deutschland braucht wieder den Willen und die Fähigkeit zum Gestaltungsanspruch der Politik. Kurz gesagt: Deutschland braucht die Rückkehr des Politischen, denn Politik hat die Aufgabe, Weichen zu stellen. Sie hat die Aufgabe, Veränderungen eine Richtung zu geben. Sie hat die Aufgabe über den Tellerrand des Hier und Heute hinauszuschauen und den Menschen sozusagen eine Vision, eine Hoffnung, eine Richtung zu geben.

Das geht nur, finde ich, wenn man einen Gedanken von Max Weber beherzigt, den er in seinen berühmten Vortrag „Politik als Beruf“ im Jahre 1919 formuliert hat. Er spricht darin von der Notwendigkeit der Leidenschaft für eine Sache und von der Notwendigkeit des Augenmaßes. Er fährt fort mit den Worten: „Immer muss irgendein Glaube da sein. Sonst lastet in der Tat der Fluch kreatürlicher Nichtigkeit auch auf dem äußerlich stärksten politischen Erfolg.“ – Immer muss ein Glaube sein oder, mit den Worten unserer Zeit gesagt, eine Idee, ein

Wille, etwas zu gestalten! Wenn kein Glaube, keine Idee da ist, dann wird verständlich, warum Schröder im Bundesrat wieder Karl Marx zitiert hat und gesagt hat:

„Das Sein bestimmt eben das Bewusstsein.“

– Besser hätte er sein Prinzip nicht in Worte fassen können.

Das Sein bestimmt sein Handeln. Als früherer Ministerpräsident so, als Bundeskanzler so, vor dem 11. September 2001 so, nach dem 22. September des Jahres 2002 so. Geistige Führung, politische Gestaltung – völlige Fehlanzeige. Deutschland braucht das Gegenteil davon. Deutschland braucht Ideen, Willen, Gestaltungsanspruch, Dauerhaftigkeit, Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit und deshalb werden wir gebraucht, meine lieben Freunde.

Bundeswehr

Nun lassen Sie es uns konkret machen. Was heißt denn „Rückkehr des Politischen“? Nehmen wir als erstes Beispiel die Bundeswehr. Die Bundeswehr hat nach dem Ende des Kalten Krieges vielleicht die größten Veränderungen durchzustehen, und wir selbst haben manchmal vielleicht gar keine Vorstellung von dem, was an Aufgaben auf uns zukommt. Die Bundesregierung hat Richard von Weizsäcker mit einer Kommissionsführung beauftragt. Weil sie ihm misstraut hat und es ja auch wieder nur ein PR-Gag war, hat sie nebenbei gleich noch Herrn Kujat damit beauftragt. Beide kamen trotz unterschiedlicher Ansätze immer zu einem Ergebnis:

Wer die Bundeswehr für die Zukunft fit machen und in einer Zeit der Bedrohung neu ausrüsten will, der muss den Soldaten mehr Geld zur Verfügung stellen.

Wer Sachverstand in Anspruch nimmt, nur um anschließend das Gegenteil von dem zu tun, was die Sachverständigen sagen, der versündigt sich nicht nur an der Bundeswehr, sondern auch an den Soldaten, die ich von dieser Stelle ganz herzlich grüßen will. Sie machen im eigenen Lande und überall in der Welt für Deutschland eine tolle Arbeit. Sicherheit ist unser höchstes Gut.

Was heißt das? Das heißt, dass wir zunächst die neue Bedrohungslage analysieren müssen und dass wir unser nationales Interesse definieren. Wir müssen sagen, was für uns richtig ist. Da geht es nicht allein um Dankbarkeit und um historische Verdienste, sondern mit Blick auf die Zukunft auch um die Frage, was wir wollen und was für die Menschen in diesem Lande wichtig ist.

Wir stehen vor der Aufgabe – dieser werden wir uns in den nächsten Jahren widmen müssen –, den Menschen zu sagen, welche Konsequenzen aus den sicherheitspolitischen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts folgen. Der Terrorismus ist keine Eintagsfliege. Die Welt hat sich verändert und unsere offenen Gesellschaften sind bedroht. Wer davor die Augen verschließt und wer hofft, irgendjemand auf der Welt werde schon helfen, wenn es ernst wird, der missachtet die Bedürfnisse der Menschen. Ein großes Land wie Deutschland kann sich das nicht leisten. Unser Land wird in der Zukunft mehr außenpolitische und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen müssen. Die Union muss dies im Interesse der Menschen deutlich aussprechen.

Ganz konkret gesagt: Es ist ein Skandal, wenn im UN-Sicherheitsrat eine Resolution zustande kommt, zu der Deutschland nichts, aber auch gar nichts beigetragen hat. Im Grunde genommen hat Deutschland sogar mehr zur Verhinderung als zum Zustandekommen dieser Resolution beigetragen.

In wenigen Tagen findet der NATO-Gipfel in Prag statt. Es kann doch nicht sein, dass es dort eine Erklärung zu einem Diktator, der nach Ansicht der Mehrzahl der Menschen erwiesenermaßen eine Bedrohung für diese Welt darstellt, geben wird, aber dass Deutschland abseits von der NATO stehen wird. Deutschland steht anderswo als Polen, Norwegen, Ungarn, Amerika, England und Frankreich. Das ist für mich unvorstellbar. Deshalb werden wir mit Argusaugen auf das Verhalten der Bundesregierung auf dem NATO-Gipfel in Prag schauen.

Eine Anmerkung: Schauen Sie sich doch einmal an, wohin wir gekommen sind! In diesen Tagen werden wir von Nachrichtensendungen überrollt, in denen vom Ende der Eiszeit und vom Beginn des Tauwetters gesprochen wird. Dabei handelt es sich nicht um Wiederholungen auf PHOENIX aus dem Jahre 1989 zum Ende des Kalten Krieges, sondern um aktuelle Schilderungen des Empfangs des deutschen Verteidigungsministers in Amerika. Meine Damen und Herren, ich sage voraus: Es wird ein „ZDF spezial“ und einen „ARD Brennpunkt“ geben, wenn sich Bush und Schröder in Prag die Hand reichen. So weit sind wir schon gekommen. Das hätte es mit der Union nie gegeben.

Europäische Union

Meine Damen und Herren, wenn wir über die Rückkehr des Politischen sprechen, dann müssen wir uns auch zutrauen, Wahrheiten zu sagen. Deshalb ist es abwegig, wenn der Bundeskanzler auch nur ansatzweise damit spielt, der Türkei in diesen Tagen ein Aufnahmeterminum für den EU-Beitritt zu nennen.

Dadurch entstehen Enttäuschungen, aber keine Glaubwürdigkeit. Die Türkei ist weder

rechtlich noch politisch oder wirtschaftlich im Augenblick in der Lage, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Giscard d'Estaing hat dazu wahre Worte gefunden. Auch das heißt Rückkehr des Politischen.

Ohne die Europäische Volkspartei – Wilfried Martens hat eben darüber gesprochen – würde sich niemand in Europa intensive Gedanken über die Kompetenzzuordnung zwischen Europäischer Union und den Nationalstaaten machen. Es waren wir, die Europäische Volkspartei, die CDU und die CSU, die in eindringlicher Weise gesagt haben, dass die Menschen Europa nur dann als ihre Heimat begreifen werden, wenn sie wissen, wer in Europa für was verantwortlich ist. Organisierte Verantwortungslosigkeit ist der Ursprung allen Politikverdrosses. Das darf es nicht geben.

Deshalb ist es so wichtig, dass Wolfgang Schäuble in Zusammenarbeit mit Wilfried Martens vorgearbeitet hat und dass Erwin Teufel im Konvent sitzt. Wir haben alle Hände voll zu tun, dieses wunderbare, auf gemeinsamen Werten beruhende Europa mit zukünftig 28 Mitgliedstaaten als ein lebensfähiges Gebilde in der Welt zu festigen und voranzutreiben. Daran wollen wir uns in der Tradition von CDU und CSU beteiligen. Das ist unsere Mission für die nächsten Jahre, aber nicht, falsche Erwartungen zu wecken.

Zuwanderung

Die Rückkehr des Politischen heißt für uns, dass wir uns mit der Zuwanderungsfrage auseinander setzen. Auch da gilt es, Wahrheiten auszusprechen. Die eine Wahrheit heißt: Im Wettbewerb um die besten Köpfe will Deutschland dabei sein, damit wir unsere Leistungsfähigkeit verbessern können. Wir wollen auch dabei sein, wenn es

darum geht, Menschen in Not zu helfen. Aber es hat doch keinen Sinn, die Augen vor den Problemen der Integration der bei uns lebenden ausländischen Bürgerinnen und Bürger zu verschließen. Es hat auch keinen Sinn, nur den neu Hinzukommenden Integrationskurse anzubieten, aber diejenigen, die schon bei uns leben, mit ersichtlich schlechteren Chancen zurückzulassen. Ich sage voraus: Wer sich in den Großstädten um dieses Thema nicht kümmert, wer glaubt, er kann dieses Thema unter den Tisch kehren, der wird spätestens in fünf bis zehn Jahren die Quittung dafür bekommen. Deshalb heißt Rückkehr des Politischen auch, dieses Thema in aller Freundschaft anzusprechen.

Familie

Nehmen wir den Bereich der Familie. Ich glaube, wir müssen selbstkritisch sagen, dass es nicht zu den Ruhmesblättern der Politik gehört, dass eine Vielzahl von familienpolitischen Entscheidungen nicht vom Deutschen Bundestag und nicht vom Bundesrat gefällt wurde, sondern vom Bundesverfassungsgericht. Wenn wir wollen, dass wir als politisch Agierende das Heft des Handelns in der Hand haben, dann müssen wir wieder mehr für die Familienpolitik tun.

Der Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei, Scholz, hat in diesen Tagen von der „Lufthoheit über den Kinderbetten“ und von einer „kulturellen Revolution“ gesprochen. Meine Damen und Herren, eines sage ich Ihnen ganz klar: Diese Auseinandersetzung führen wir gerne.

Ich empfehle immer, genau auf die Sprache zu achten. Was meint der Generalsekretär, wenn er von der „Lufthoheit über den Kinderbetten“ und von einer „Revolution“ spricht? Da er von einer Revolution spricht,

kann mit Lufthoheit nicht die Luftabwehr gemeint sein, sondern es muss sich um einen Angriff handeln. Er spricht also sozusagen von einer Revolution, bei der die Lufthoheit im Angriff auf die Familien und Kinderbetten besteht. Was meint der Mann? Ich sage Ihnen: Wir werden nicht mitmachen, wenn die Sozialdemokraten glauben, dass sie die Verstaatlichung der Familie betreiben, die Erziehungshoheit der Eltern infrage stellen und eine kulturelle Revolution der Gleichmacherei mit der Gießkanne ausrufen können. Das wird es mit uns nicht geben.

Damit kein Missverständnis entsteht: Ich bin sehr dafür, dass man Hilfestellungen gibt. Wir haben Jugendhilfegesetze in vielen Facetten gemacht und uns für die Wahlfreiheit ausgesprochen. Ich sage Ihnen: Es gibt in der Wahrnehmung vieler Menschen – auch bezüglich unserer Partei – noch einiges zu tun, aber eines werden wir nie aufgeben: dass Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Das macht die Familie aus und dafür brauchen wir keine kulturelle Revolution und schon gar keine Hoheit des SPD-Generalsekretärs. Dazu brauchen wir die Kräftigung der Erziehungskompetenz der Eltern und eine anständige materielle Ausstattung der Familien in diesem Land.

Bildungspolitik

Wenn ich von der Rückkehr des Politischen spreche, heißt das auf die Bildungspolitik bezogen natürlich, dass wir uns mit dem auseinander setzen müssen, was uns die PI-SA-Studie bescheinigt hat. Wir sind nicht so gut, wie wir dachten. Das bedeutet auch – vielleicht auch im Sinne der CDU –, dass wir uns nicht immer nur über Gymnasien und Spezialschulen Gedanken machen sollten,

sondern dass wir uns auch einmal in die Lage einer Grund- oder Hauptschullehrerin versetzten sollten.

Ich empfehle jedem einen Besuch in einer der vielen Schulen in unserer Bundesrepublik Deutschland, um sich mit der Realität auseinander zu setzen und zu sehen, wie sich Lehrerinnen und Lehrer heute bemühen, wirklich gute Arbeit für unsere Kinder zu leisten. Diese sollten eher gestärkt und nicht geschwächt werden. Das geht allerdings mit der schröckerischen Finanzpolitik überhaupt nicht.

Aufbau Ost

Die Rückkehr des Politischen für den Aufbau Ost wird uns noch vor schwierige Fragen stellen. Wir sind uns einig, dass es mit Sicherheit der falsche Weg ist, denjenigen Prämien zu geben, die die neuen Bundesländer verlassen. Wir sind uns auch einig, dass es nicht reicht, Herrn Stolpe mit salbungsvoller Stimme etwas Gutes über die neuen Bundesländer sagen zu lassen. Aber damit die neuen Bundesländer wirklich eine Chance bekommen, damit es wirklich gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland gibt, müssen auch wir uns noch eine Menge einfallen lassen.

Die Sache wird nicht einfach, weil wir mehr Leistungsanreize, weniger Bürokratie und mehr Freiräume für die Menschen dort schaffen müssen und weil wir uns erwiesenermaßen als Gesamtdeutschland damit schwer tun. Auch das wird die Rückkehr des Politischen von uns verlangen.

Soziale Sicherungssysteme

Nun lassen Sie mich zum Schluss zum zentralen Thema, zu dem das Politische zurückkehren muss, kommen. Das ist die

Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Im Gesundheitssystem steigen die Arzneikosten, die Wartelisten verlängern sich und die Arztpraxen sind voll. Sie alle kennen das. Es finden zurzeit unsäglich Bemühungen der Bundesregierung statt. Denken Sie nur an die Nullrunde in den Krankenhäusern. Gehen Sie einmal in ein Krankenhaus und sehen Sie, unter welchem Druck die Ärzte und Pfleger dort arbeiten und wie viel Bürokratie sie heute schon erledigen müssen. Frau Schmidt fordert die Nullrunde für die Krankenhäuser, aber sie fragt nicht, welche Gesundheitsforderungen Ver.di stellt.

Diese Regierung will einfach – das zeigt wieder einmal ihren ordnungspolitischen Unsachverstand – den Preisen verbieten zu steigen. Soll ich Ihnen sagen, was als Nächstes kommt? Als Nächstes verbietet Frau Schmidt den Menschen, krank zu werden. Das ist dann der Höhepunkt ihrer Regulierungsbemühungen für das Gesundheitssystem.

Deshalb sind wir uns einig: Frau Schmidt verfährt so wie eine, die am Herd steht und mit zwei Händen versucht, vier Topfdeckel zu halten, weil es an vier Herdplatten überkocht. Das klappt nicht, das wissen wir alle. Aber ich sage Ihnen auch: Wir haben den richtigen Schritt gemacht, wir haben den demographischen Faktor ins Rentensystem und ansatzweise mehr Wettbewerb ins Gesundheitssystem eingeführt. Wir haben uns in der Kommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“ mit der Wirklichkeit in Deutschland – mit dem Alterungsprozess und den Veränderungen in unserer Gesellschaft – auseinander gesetzt.

Ich sage ganz deutlich: Das, was wir beschlossen haben, reicht noch nicht, deshalb werde ich dem neuen Bundesvorstand vorschlagen, dass wir uns gemeinsam in einer Kommission mit der Zukunft von Renten-

und Krankenversicherung beschäftigen müssen, um sie im Sinne der Generationengerechtigkeit fit und zukunftsfähig zu machen. Das stellt nichts von dem infrage, was wir gemacht haben, aber wir müssen an dieser Stelle weiterarbeiten, denn wir brauchen diese Ergebnisse bald.

Ich habe an diesen Beispielen deutlich gemacht, dass wir die Rückkehr des Politischen brauchen. Wir müssen aber auch aufpassen, dass es uns nicht so ergeht, wie es in der „FAZ“ formuliert wurde:

„Das – schon die gesamte Moderne durchziehende – Gefühl, das eigentlich Wichtige werde nicht gesagt, geschweige denn getan, nimmt rapide zu.“

Nationale Interessen

Meine Damen und Herren, Demokratie ist nur überlebensfähig, wenn wir diesem Gefühl etwas entgegensetzen. Die Menschen lassen sich nicht belügen, die Menschen kennen ihr Leben und damit die Realität. Politik, die sich dieser Realität entziehen will, kann keine erfolgreiche Politik sein. Deshalb hängt die Zukunftsfähigkeit davon ab, dass wir auf diese Fragen eine Antwort finden.

Deutschland ist keine globale Heilsarmee und die deutsche Politik ist zuallererst dem Wohle der Menschen in diesem Land verpflichtet.

Deshalb sollten wir den Mut aufbringen, Feld für Feld unsere eigenen nationalen Interessen zu definieren, zu formulieren und auszusprechen. Wir sollten das nicht im Sinne der Überheblichkeit gegenüber anderen tun, sondern im Sinne dessen, was für unsere Menschen gut ist. Dann werden wir ganz schnell spüren, dass es viele Aufgaben und viele Herausforderungen gibt, bei denen wir

allein in dieser Welt überhaupt nicht klar kommen: weder bei der Bioethik noch beim Klimaschutz, weder beim Kampf gegen den Terrorismus noch in der Verteidigung unserer Freiheit, weder bei der Forschungskooperation noch bei der Nutzung von Rohstoffen, weder bei den Patenten noch bei der Entwicklung von Medikamenten.

Wir sind in dieser Welt aufeinander angewiesen, aber deutsche Politik muss ihren Beitrag durch Definition ihrer eigenen Interessen leisten. Das ist die Aufgabe. Es ist nicht die Aufgabe, deutsche Sonderwege zu formulieren. Das ist absurd und falsch.

Hier lautet mein zentraler Vorwurf: Schröder und Rot-Grün fehlt die Idee für das Ganze. Deshalb ist das ganze Gerede von Epochen und Jahrzehnten von Rot-Grün im Grunde nur ein Pfeifen im Wald, trostlos und einsam. Deshalb sage ich uns: Gehen wir doch die Aufgabenstellungen der Zukunft durch, machen wir eine kleine Reise durch die Landkarte der Erwartungen.

Es ist doch unbestritten, dass die Familie als die soziale Einheit unserer Gesellschaft wieder da ist. Sie ist vielleicht nicht immer in der traditionellen Form da, das heißt aber nicht, dass wir die Ehe nicht für die beste Form des Zusammenlebens halten, aber es gibt heute viele Formen von Familien. Die Menschen wollen füreinander Verantwortung übernehmen, die Menschen wollen Bindungen eingehen.

Ich sage Ihnen voraus: Die Singlegesellschaft wird nicht überleben. Zum Schluss werden die Singles Druck auf die Jüngeren ausüben, damit sie wieder Familien gründen, weil nur eine solche Gesellschaft eine Zukunft hat. Das ist Christdemokratie pur. Eine Gesellschaft, in der die Familie eine Chance hat, ist unsere Gesellschaft.

Die Zeit der klassischen Ideologien ist mit dem Ende des Kalten Krieges vorbei,

aber wir spüren doch alle, dass es nicht reicht, einfach nur pragmatisch zu sein. Jeder Mensch – das ist meine feste Überzeugung – braucht Sinnerfüllung. Deshalb wird es eine Zeit geben – manchmal spüren wir es schon, so nach dem 11. September und nach dem unheilvollen Ereignis in Erfurt –, in der die Menschen wieder die Kirchen aufsuchen, weil sie Sinnstiftung suchen und sich mit Pragmatismus nicht abfinden können, weil Pragmatismus keine Antwort auf viele Fragen gibt.

Es wird zur Revitalisierung vieler Religionen kommen. Es wird auch Fundamentalismus geben, er ist nicht unsere Sache. Aber es wird die Rückkehr des Religiösen als Antwort auf die Fragen, wie halten wir es mit den Menschen, wie halten wir es mit der Bioethik und der Schönheit, wie halten wir es mit der Vollkommenheit und der Endlichkeit des Menschen, geben. Dazu können wir sagen: Das ist unser Feld, das ist Christdemokratie pur und es wäre dumm, wenn wir dieses Feld nicht besetzen würden, liebe Freunde.

Heimat

Ich sage noch ein Drittes: Die Bedeutung von Heimat, von Gemeinschaft in der Region und von Nation, aber auch die Bedeutung einer europäischen Identität im Wettstreit der Kulturen dieser Welt – deren Bedeutung nimmt zu. Sicherlich nicht im Sinne der früheren Heimatromantik, aber doch im Sinne des Suchens nach Verwurzelung.

„Die Liebe zu dem Fleck“, schreibt Theodor Fontane, „der uns geboren, schließt hundert Kräfte ein.“

Wir werden diese Kräfte, die aus unserer Heimatverbundenheit entstehen, brauchen, damit wir die offene globale Welt gestalten können. Wir wären doch töricht, wenn wir

diese Chance nicht nutzen und nicht sagen würden: Das ist christdemokratisches Terrain, das ist Christdemokratie pur.

Wir wollen das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit aufnehmen: Menschen können ohne Sicherheit nicht leben, Menschen wollen sich auf etwas verlassen. Deshalb war es richtig, dass wir law and order niemals diffamiert haben. Deshalb wird es richtig sein, dass wir uns im umfassenden Sinne für innere und äußere Sicherheit der Menschen einsetzen, und zwar so, dass wir uns zum Gewaltmonopol des Staates bekennen. Niemand anders auf dieser Welt hat ein Recht darauf, Gewalt auszuüben. Diese Haltung müssen wir durchsetzen. Eine Chance besteht auch darin, dass wir uns um die Opfer in dieser Welt kümmern und ihnen endlich wieder eine Stimme geben. Das ist Christdemokratie pur, Sicherheitspolitik im umfassenden Sinne.

Christdemokratisches Zeitalter

Deshalb hat es mich angerührt – ich sage es mit diesem Wort –, als ich von dem jungen Historiker Paul Nolte las: Es wird eine neue bürgerliche Gesellschaft geben. Diese neue bürgerliche Gesellschaft kann ich mir als ein christdemokratisches Zeitalter vorstellen. Ich glaube, das ist ein Angebot, das wir den Menschen in diesem Lande machen können und das uns von allen politischen Konkurrenten unterscheidet: von der FDP, weil wir neben wirtschaftspolitischem Liberalismus immer auch die Grenzen des Machbaren sehen und wahren wollen; von den Grünen, weil wir nicht nur ein Eingenerationenprojekt sind und irgendwelchen Bevölkerungsschichten verpflichtet sind, sondern weil wir alle Schichten in der Gesellschaft ansprechen, so mühselig es auch manchmal

sein wird; und von der SPD, weil wir nicht darauf setzen, dass Klassenkampf, der Kampf zwischen verschiedenen Gegensätzen und Beharrungstendenzen, das Maß der Dinge ist. Sondern von uns sagen können: Wir haben die Kraft zur Bewegung.

Warum haben wir die Kraft zur Bewegung? Wir haben die Kraft zur Bewegung, weil wir vom Menschen aus denken. Ich sage das aus tiefer Zuneigung gerade auch zu unserem Freund Jörg Schönbohm: Als wir in den letzten Wochen manchmal über das konservative Tafelsilber gestritten haben, ging es nicht darum, irgendetwas zu verscherbeln, sondern darum, dieses Tafelsilber wieder glänzen zu lassen und damit zu den Menschen zu gehen! Fürchten wir uns nicht, dass dieses Tafelsilber aus der Mode gekommen ist! Es ist so modern, wie es noch nie war. Lassen Sie es uns zu den Menschen bringen! Die Menschen werden uns verstehen, wenn wir das mit fröhlichem Herzen, Offenheit und sehr viel Zuwendung machen, meine Damen und Herren.

■
„C“

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir das können. Wir können das, weil wir das „C“ in unserem Namen haben. Das „C“ ist so aktuell wie einst. Wir müssen dieses „C“ nur in unsere Zeit überführen. Ich bin aber der festen Überzeugung, dieses „C“ macht uns zukunftsfähig. Das hat einen einfachen Grund: Als Christdemokraten sehen wir den Menschen mit anderen Augen. Wir sehen ihn immer in der Beziehung zu Gott und zu anderen Menschen und reißen dieses Beziehungsgefüge nicht auseinander. Im Psalm 8 heißt es:

„Herr unser Herrscher ... Was ist der Mensch, dass Du an ihn denkst? ... Du

hast ihn als Herrscher eingesetzt über das Werk Deiner Hände, hast ihm alles zu Füßen gelegt.“

Vor wenigen Tagen hat sich die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland genau mit dieser Frage befasst: Was ist der Mensch? Sie kommt zu der Bewertung:

„Die moralische Qualität einer Gesellschaft bemisst sich ... besonders daran, wie sie mit ihren schwachen, kranken und behinderten Mitgliedern umgeht. Anzustreben ist eine Entwicklung, in der wirtschaftliche Effizienz und moralische Qualität keinen Gegensatz bilden, sondern einander ergänzen und harmonisieren.“

Wirtschaftliche Effizienz und moralische Qualität – das ist zusammengefasst das, wofür wir stehen. Das ist der Urgrund der Sozialen Marktwirtschaft; das ist der Urgrund der Politik der Mitte. Deshalb ist niemand anders als wir die Kraft der Bewegung. Wir denken in einer ganz bestimmten Weise vom Menschen aus. Deshalb sage ich Ihnen: Lassen Sie uns genau das zu den Menschen in diesem Lande tragen – in enger Freundschaft mit unserer bayerischen Schwester, in enger Freundschaft mit Edmund Stoiber und mit Michael Glos und damit auch mit unserer gemeinsamen Bundestagsfraktion. Lassen Sie uns diese Kraft zu allen Menschen unseres Landes bringen!

CDU – Anwalt der Menschen

Dazu brauchen wir natürlich auch Veränderungen – das ist überhaupt keine Frage – der innerparteilichen Kommunikation. Dazu müssen wir unsere Mitgliedschaft stärken und uns gleichzeitig zu einer Bürgerpartei weiterentwickeln. Dazu müssen wir Gesprächsfäden in alle Bereiche unserer Gesellschaft knüpfen. Dazu brauchen wir Kon-

takte zu den Ehrenamtlichen in den Verbänden und dürfen sie nicht beschimpfen. Deshalb sind wir froh, dass wir hier heute viele Gäste haben.

Vor uns liegt unendlich viel Arbeit, vor uns liegt aber auch eine unglaublich wichtige Mission. Vor uns liegt die Arbeit, für Hessen und Niedersachsen im Februar, für Bremen im Mai, für Bayern im Herbst zu kämpfen. Wir wollen bei den zahlreichen Kommunalwahlen gewinnen und – nicht zuletzt in den neuen Bundesländern – unseren Vorsprung nicht verlieren; auch dort müssen wir unsere Position halten. Wir wollen bei der Europawahl – das ist dringend nötig für Europa – im Jahre 2004 endlich auch wieder so wie 1999 die führende Rolle übernehmen.

Lassen Sie uns Wächter in der Opposition und Anwalt der Menschen sein. Setzen wir – darum bitte ich jeden einzelnen Delegierten dieses Parteitag – die Kräfte der Menschen frei. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg. Seien wir, die Christlich Demokratische Union, Motor der Bewegung und geben wir ein Bekenntnis für die moralische Qualität, geben wir ein Bekenntnis für politischen Gestaltungswillen zum Wohle unseres Landes und für die Menschen unseres Landes ab. Dann werden die Menschen uns ernst nehmen, dann werden sie sich immer bewusster werden, dass sie uns brauchen, dann sind wir wichtig in diesem Lande, dann erfüllen wir das Motto dieses Parteitages. Besser für die Menschen: CDU. – Herzlichen Dank.